

Konkursmasse der SED-Ära. In den Wirren der Wende, im Frühjahr 1990, gründeten FDJ-Spitzenfunktionäre Betriebe wie die Konzertagentur „Power-Music“ (FDJ-Einlage: 475 000 Mark) und die „Veranstaltungs-Service-GmbH“. Der postsozialistische Servicebetrieb verleiht unter anderem Bühnentechnik, Mobiliar und Fahrzeuge aus früheren FDJ-Beständen.

Die Firmengründungen dienen vornehmlich der Selbstversorgung von Altfunktionären. So fand etwa Berlins ehemals oberstes Blauhemd, Bezirkssekretär Helmut Meier, in einer „Tourist & Service GmbH“ den Weg vom Marxismus-Leninismus in die Marktwirtschaft. Und Eberhard Aurich, 44, FDJ-Chef seit 1983, schlüpfte zeitweilig bei einer FDJ-inspirierten „Video-Sound-Service GmbH“ im Berliner Osten unter.

September durchsuchten Staatsanwälte in mehreren Städten der Ex-DDR Büros der einst FDJ-geleiteten „VEB Jugendtourist“, jetzt „Reisedienst und Touristenservice GmbH“. Der ehemalige FDJ-Betrieb steht im Verdacht, 39 Millionen Mark veruntreut zu haben.

Die Justizaktion drückt die ohnehin miese Stimmung an der Basis: Außer Berufsjugendlichen aus dem Apparat der früheren Staatsjugend – FDJ-Chef Rücker war einst Kultursekretär der FDJ-Kreisleitung in Weimar – zieht es zur „neuen FDJ“ in der ehemaligen DDR nur noch einige Schüler und Lehrlinge im Alter zwischen 14 und 18, denen der Konsumrummel des Kapitalismus suspekt ist.

Die Nachwuchssozialisten treffen sich, wie im „Club Kondom“ der Schweriner FDJ, zu Diskussionsrunden über

Windenergie

Mäuse rubbeln

Gegen umweltfreundliche Windmühlen regt sich Protest – bei Natur- und Umweltschützern.

Wenn der Landwirt Klaus Presting, 47, aus dem niedersächsischen Fredenbeck auf den Stromzähler schaut, kann er ablesen, wieviel er zusätzlich verdient hat.

Presting erzeugt mit einer Windkraftanlage Strom, den er ab Hof in das öffentliche Netz einspeist und an das Überlandwerk Nord-Hannover verkauft – zu 16,61 Pfennig das Kilowatt. Jährlich liefert er über 100 000 Kilowatt, davon ein Fünftel für die eigenen Steckdosen. „Man bekommt“, sagt Presting, „ein ganz anderes Verhältnis zum Wetter.“

Während die Preise für landwirtschaftliche Produkte wie Karotten, Kohlköpfe oder Kartoffeln sanken, verdiente der Windwirt mit seiner Elektrizität ein ordentliches Zubrot. Presting: „Mit dem Windrad sind mehr Mäuse zu rubbeln.“

Auch andere Landwirte haben entdeckt, daß sich mit Windkraft Geld verdienen läßt. In sogenannten Starkwindgebieten, zum Beispiel an den deutschen Küsten, aber auch in den Mittelgebirgen, verzeichnen die Behörden einen nie erlebten Antragsboom für neue Windmühlen. „Massives Interesse“ für die Anlagen registriert auch Horst Wollmerath, Geschäftsführer der Kieler Fördergesellschaft Windenergie.

Im Windland Schleswig-Holstein rotieren heute schon 230 Mühlen mit einer Gesamtleistung von 33 Megawatt – Strom für nahezu 22 000 Haushalte. „Die Windenergie“, urteilt der Kieler Energieminister Günther Jansen (SPD), „kann in der Landwirtschaft ein neues und zukunftsträchtiges Standbein sein.“

Doch nun rührt sich Protest gegen die Energieart, die bisher als alternatives Musterbeispiel für umweltfreundliche Energieerzeugung galt. Ausgerechnet Umwelt- und Naturschützer zählen mögliche Schäden auf, die durch den Bau immer neuer Rotoren für Landschaft, Flora und Fauna entstehen können.

So kritisiert etwa der Biologe Gottfried Vauk, 65, Projektleiter an der Norddeutschen Naturschutzakademie, den ungezügelter Boom: „Windenergieanlagen werden am Naturschutz vorbeigeplant.“ In einer „Biologisch-ökologischen Begleituntersuchung zum Bau und Betrieb von Windkraftanlagen“, die der Bonner Forschungsminister



FDJ-Aufmarsch zum DDR-Jubiläum 1989: „Kampfreserve der Partei“

Die Generalstaatsanwaltschaft der DDR ermittelte 1990 wegen des „dringenden Verdachtes von Eigentumsstraf-taten“ gegen verschiedene GmbH-Gründer im FDJ-Dunstkreis. Den Verdacht der direkten persönlichen Bereicherung der Ex-Bonzen sahen die mit mäßigem Aufwand recherchierenden DDR-Staatsanwälte jedoch „nicht bestätigt“ – kein Wunder, kamen sie selbst doch aus den Reihen der alten FDJ.

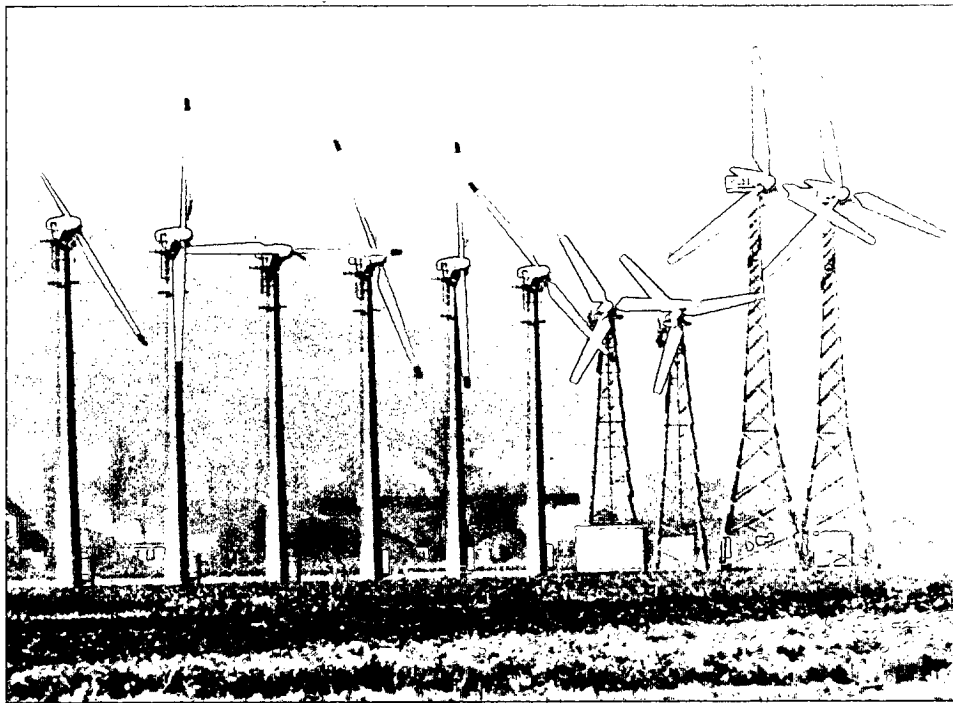
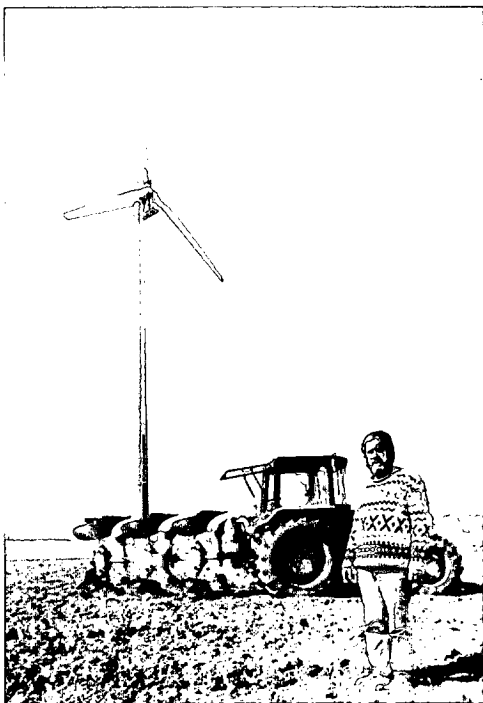
Der ehemalige Chef der FDJ-Revisionskommission, Bernd von Zweyendorf, ist überzeugt, daß bei den GmbH-Gründungen der Blauhemden nicht alles rechtens zugeht: „Da wurde Schmu gemacht.“

So kommt es inzwischen auch der Berliner Staatsanwaltschaft vor. Am 6.

Arbeitslosigkeit und Drogen oder lauschen schon mal den Erzählungen des roten Großvaters und Alt-FDJlers Hans Modrow.

Solche nostalgischen Abende halten den Untergang nicht auf. Zwar gibt sich Rücker demokratisch geläutert („Politik muß an der Basis getragen und von unten entwickelt werden“) und verspricht „die weitere Erneuerung des Verbandes“.

Doch dem altgedienten Jugendfunktionär mißtrauen selbst Führungsgenossen. Rücker, begründete FDJ-Vize Jens Wolfram, 26, Mitte Juli seinen Rücktritt als stellvertretender Verbandschef, fördere „politische Passivität und Inaktivität der Mitglieder“. Der FDJ, so Wolfram, drohe „das Versinken im politischen Nichts“.



Windwirt Presting, Windmühlen-Park*: „Vogelopfer wie an Verkehrsstraßen“

Heinz Riesenhuber (CDU) in Auftrag gegeben hat, finden Experten wie Vauk allerlei Nachteile an der Windkraft.

In elf deutschen Windparks untersuchten sie zum Beispiel die „Beeinträchtigung des Brutverhaltens des Wiesenpiepers“, die Auswirkungen auf das Vorkommen der „Duftlosen Kamille“ oder die Störung des „Landschaftsbildes“.

Professor Vauk, ehemaliger Chef der Vogelwarte Helgoland, erlebte auf der Nordseeinsel seinen ersten „großen Eklat“. Die Planungen auf Helgoland, Standort des größten deutschen Windrades, hätten außer acht gelassen, daß die Insel wichtiges Rastgebiet für durchziehende Vögel ist.

Daß es an Windmühlen zu ähnlichen „Vogelopfern wie an Verkehrsstraßen“ kommt, hatte schon eine Studie des niederländischen Rijksinstituut voor Natuurbeheer ermittelt. Und dänische Forscher fanden heraus, daß nahrungssuchende Vögel von den Turbinen aus ihren Revieren vertrieben werden.

Gegen den „Wildwuchs“ von Windrädern, fordert nun der internationale Umweltverband World Wildlife Fund for Nature, müßten neue strikte Richtlinien erlassen werden. Und auch nach Ansicht des Präsidenten des Naturschutzbunds Deutschland, Klaus Dürkopp, darf „die Windenergie nicht um jeden Preis forciert werden“.

So sind im schleswig-holsteinischen Dithmarschen bereits die ersten 500 Meter Deichlinien für die Bebauung mit

Windrädern gesperrt worden. Und auf den Marschflächen in der Melderder Bucht dürfen neuerdings Einzelanlagen nur noch im Abstand von eineinhalb Kilometern und Windparks mit einer Distanz von fünf Kilometern gebaut werden.

„Das sind gerade die ertragreichsten Gebiete für Windkraftanlagen“, klagt Wind-Förderer Wollmerath. Nicht nur er fühlt sich genervt von den Einwendungen der Naturschützer.

So hat die US-Firma Windpower ein Großprojekt von 150 Mühlen zwischen Cuxhaven und Bremerhaven erst einmal zurückgestellt. Naturschützer und Behörden, kritisiert Manpower-Manager Bodo Köhne, sähen „nur das Landschaftsbild“ und nicht die ökologischen Vorteile. Tatsächlich erspart jedes Kilowatt Wind-Strom der Umwelt jede Menge Schadstoffe, die sonst von herkömmlichen Kraftwerken abgelassen werden: Kohlendioxid, Schwefeldioxid, Stickoxide und Flugasche.

Gegenwind spürt auch die Münchner Anlagefirma BVT, die zusammen mit der Husumer Schiffswerft an der nordfriesischen Küste einen Windpark für rund 30 Millionen Mark anlegt. Zwar fließe „reichlich Kapital“ von umwelt- und abschreibungsbewußten Anlegern, so BVT-Sprecher Michael Saalfeld, doch „die Ausweisung neuer Fläche stockt“. Die Öko-Abschreibungsgesellschaft ist deshalb mit neuen Projekten schon ins Binnenland ausgewichen und errichtet nun im Eifelort Goldberg einen Windpark.

Das ist Naturschützern wie Eugen Kelch nur recht. Der Leiter der Land-

schaftspflegebehörde im schleswig-holsteinischen Husum wird von der „Horrorvision“ geplagt, daß „jede Marsch und jede Bergkuppe“ mit einem Windpark bebaut wird. Im „Sinne des Naturschutzes“ erhebt der Landkreis Friesland denn auch bei ökologisch bewußten Windbauherren saftige Gebühren: Sie müssen, zur Finanzierung von „Ausgleichsmaßnahmen für zerstörte Funktionen des Naturhaushaltes“, bis zu 7500 Mark pro Windmühle an die Kommunalbehörden abführen.

Der Kreis Nordfriesland läßt nun mit Hilfe von Satellitenbildern naturverträgliche Standorte für neue Anlagen kartieren – sogenanntes Winderwartungsland. Und mit einem speziellen Computerprogramm können demnächst am Wilhelmshavener Windenergie-Institut Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes durch neue Windmühlen simuliert werden.

Der Kieler Energieminister Jansen dagegen hält die Windmühlen für ein „Markenzeichen“ der Landschaft. Konflikte mit dem Fremdenverkehr oder dem Naturschutz seien dabei auch künftigen Generationen zuzumuten. Schließlich trage die Nutzung der Windenergie dazu bei, den Treibhauseffekt zu lindern und damit das bedrohliche Ansteigen des Meeresspiegels zu verhindern.

Vorsorge will auch die evangelische Christuskirche im Hamburger Stadtteil Wandsbek treffen – auf dem eigenen Kirchturm: Die Gemeinde wird sich wohl demnächst an einen 18 Meter hohen Rotor gewöhnen müssen, der das Gotteshaus mit Strom versorgen soll. ◀

* Im schleswig-holsteinischen Kaiser-Wilhelm-Koog bei Marn.